iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Wirtschaftswachstum | 04.02.2021 | Lesezeit 2 Min.

Wie viel Investitionen stecken in Bildungsausgaben?

Deutschlands wirtschaftliche Zukunft hängt nicht zuletzt von seinem Bildungssystem ab. Wenn Geld in die Bildung fließt, wird dies der amtlichen statistischen Abgrenzung zufolge allerdings überwiegend nicht als wachstumsfördernde Investition, sondern als Konsum erfasst. Dies sollte die Politik jedoch nicht davon abhalten, als zukunftswirksam identifizierte Bildungsprojekte auch durchzuführen.

Öffentliche Investitionen können das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft steigern und für höhere Einkommen und neue Arbeitsplätze sorgen. Diese Aussage leuchtet unmittelbar ein, wenn es zum Beispiel um Geld geht, mit dem der Staat das Verkehrswegenetz ausbaut oder eine leistungsfähige Breitband-Infrastruktur schafft.

Während solche Investitionen als wachstumsfördernd gelten, werden öffentliche Konsumausgaben selten mit positiven Zukunftswirkungen verbunden.

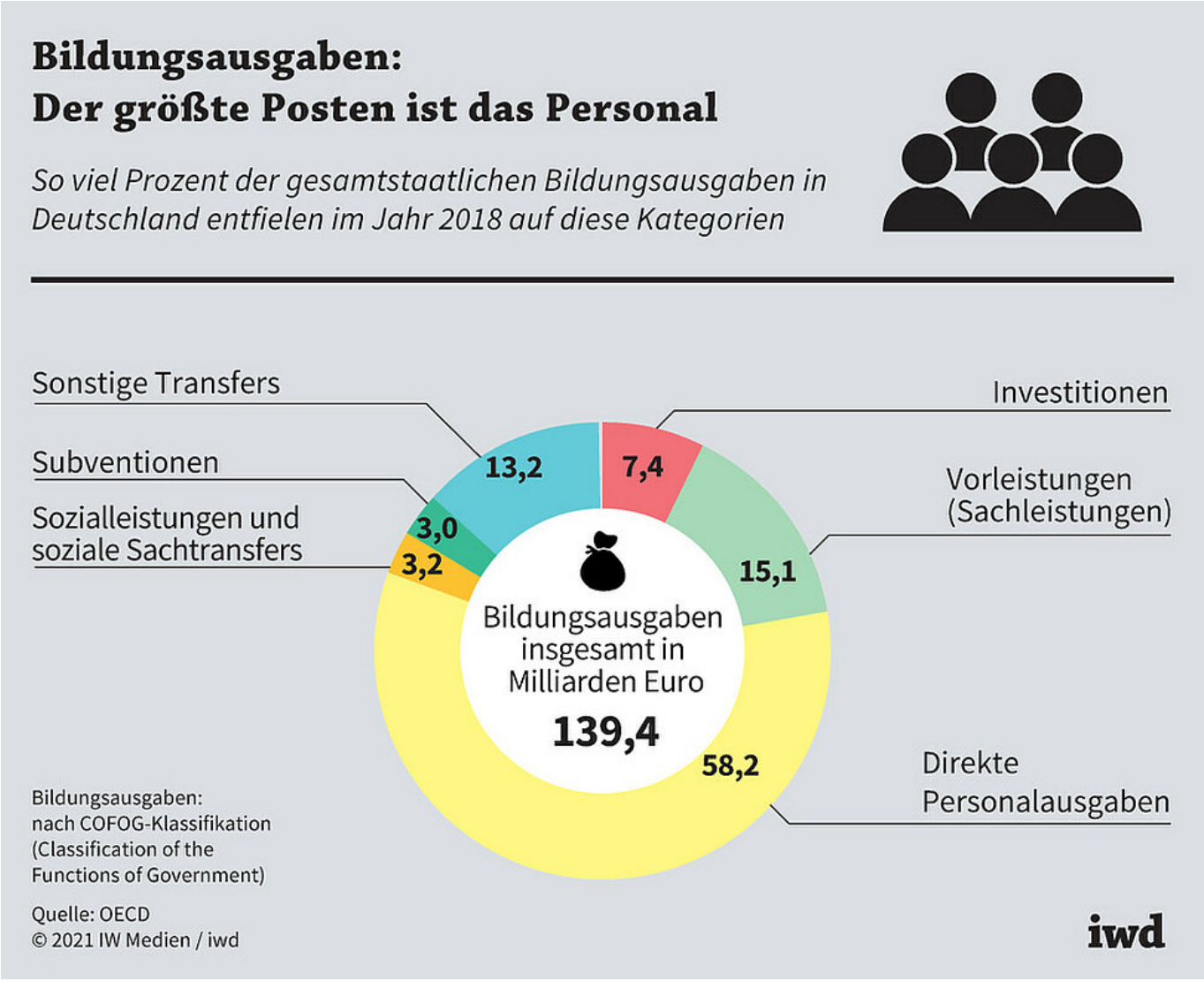
> Ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung ist für ein ansonsten ressourcenarmes Land wie Deutschland eine zentrale Voraussetzung, um künftig Wirtschaftswachstum zu erzielen.

Doch wie so oft ist die Realität komplexer, was sich zum Beispiel beim Blick auf das Thema Bildung zeigt. Denn zweifellos ist ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung für ein ansonsten ressourcenarmes Land wie Deutschland eine zentrale Voraussetzung, um künftig Wirtschaftswachstum zu erzielen. Aus diesem Grund spielt der Bildungsbereich auch eine zentrale Rolle im sogenannten Deutschland-Fonds, aus dem in den kommenden zehn Jahren mehr als 450 Milliarden Euro in die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft fließen sollen (siehe: "Ein Fonds für Deutschland“).

Bildung fällt durchs Investitionsraster

Der amtlichen Statistik zufolge gelten Ausgaben für den Bildungssektor allerdings größtenteils nicht als Investitionen (Grafik):

Von den gesamtstaatlichen Bildungsausgaben Deutschlands im Jahr 2018 entfielen laut OECD-Klassifikation gerade einmal gut 7 Prozent auf Investitionen.



Weit mehr als die Hälfte der aufgewendeten 139 Milliarden Euro waren dagegen direkte Personalausgaben und fielen damit in die Kategorie Konsum.

Dies zu ändern, Ausgaben für den Bildungssektor also verstärkt als Investitionen zu klassifizieren, ist allerdings aus verschiedenen Gründen schwierig. Ein Problem wird deutlich, wenn man auf den Bereich der Ausgaben für Forschungs- und Entwicklung (FuE) schaut, die seit einigen Jahren zu den Investitionen gezählt werden. Denn FuE-Aufwendungen führen bei Erfolg zu Innovationen in Form neuer Produkte oder Verfahren, die in Zukunft neue Einkommen generieren können. Zudem lassen sich diese Innovationen eindeutig einem Eigentümer zuordnen – zum Beispiel einem Unternehmen, das die entsprechende Forschungsarbeit geleistet hat.

Eigentumsverhältnis als Investitionskriterium

Dieses für den Investitionsbegriff zentrale Eigentumsverhältnis liegt im Fall der Bildung nicht vor – von den staatlichen Bildungsaktivitäten, beispielsweise in Form des

Schulunterrichts, profitiert allein der Nutzer, also der einzelne Schüler. Und er kann mit seinem Wissen eben später auch ins Ausland abwandern, sodass der deutsche Staat nicht auf den Ertrag seiner Bildungsanstrengungen zugreifen kann.

Kosten-Nutzen-Analyse bietet Orientierung

Doch auch wenn Bildungsausgaben rein formal nicht als Investitionen klassifiziert werden können oder sollten, darf dies den Staat nicht von sinnvollen Vorhaben abhalten. Dieses Prinzip gilt auch für den oben genannten Deutschland-Fonds. In ihn sollten jene Bildungsprojekte aufgenommen werden, die in einer zielbezogenen Kosten-Nutzen-Analyse als zukunftswirksam identifiziert werden.

Kernaussagen in Kürze: